

„Berliner Tageblatt“
erfolgt nicht nur mit Rücksicht auf den Inhalt, sondern auch auf die
Ausstattung...
Preis: 10 Pfennige



Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nach „Deutschland“, sowie dem
„Berliner Tageblatt“ nach „Deutschland“...
Preis: 10 Pfennige

Berliner Tageblatt

Nummer 98. Berlin, Sonnabend, den 23. Februar 1895. XXIV. Jahrgang.

Die Tabaksteuer.

Nach einer Sitzung, die fast sechs Stunden währte, hat der
Reichstag gestern den Gesetzentwurf betreffend die Tabaksteuer
an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.
Die Kommission der Vorlage ist nach der gestrigen Sitzung genau
dieselbe wie sie nach der vorgelagerten war, nämlich unbestimmt.

Ist er nicht zufrieden; der Erlaß schaffe den Gewissenszwang
noch nicht völlig aus der Welt, da es noch nicht allen
in seinen Rändern die Gewähr biete, den Religionsunterricht in
ihrer Muttersprache mit genügender Vorbildung in derselben
zu genießen. Weiter aber sei es ein Unrecht, daß man die
Polenländer nicht überhaupt in der Sprache ihrer Familie
und ihrer Kirche erziehe. Der Minister erwidert die
Wichtigkeitsfrage des Religionsunterrichts in der Muttersprache an;
den weitgehenden Wünschen gegenüber aber erklärte er, die
politischen Ränder müßten in der Sprache ihres Vaterlandes,
in der Muttersprache, unterrichtet, sie müßten zu Deutschen und
Preußen erzogen werden. Das habe aber noch keine
Schwierigkeiten. Mit seiner Ironie, die vom Hause durch
allseitige Heiterkeit anerkannt wurde, meinte er, man
könnte den Polen vielleicht größeres Entgegenkommen
beweisen, wenn sie alle so loyal und logisch und besonnen
und patriotisch wären, wie ihre Wortführer im Hause, eben
der Abgeordnete v. Jagowitz. Natürlich hatte dieser ebenfalls
wenig neue Gedanken vorgebracht, wie die deutschen ultra-
montanen Abgeordneten, deren Wünsche in einer
unabhängigen Revision unter freigeschlossenen Geheißung
gewesen. Von einer solchen will indessen Minister Hoffe zur
Zeit nichts wissen. Er fühle den Herren zu Gemüthe, sie hätten
besser davon, sich mit den bestehenden modus vivendi zu begnügen.
Eine allgemeine Revision der freichurchpolitischen Gesetzgebung
würde nur die konfessionellen Gegensätze antreiben und einen
Streit entfachen, der die Kirche und speziell die katholische
Kirche hauptsächlich am meisten schädigen würde. Es bleibt
also Alles beim Alten. Die Debatten verliefen gestern, wie
seit Jahren, und wie sie nach der Aufhebung der ultra-
montanen und politischen Redner auch in Zukunft wieder
verlaufen werden. Man bringt keine launig bekannten
Beschwerden vor und bewußt dann das Gehalt des Ministers.

Provinzen mit ihren schwächeren Böden in Aussicht ge-
nommen sind.

In Lyon soll jetzt ein erster Versuch mit der Auf-
hebung der Decker gemacht werden auf dessen Resultate
man in Frankreich sehr gespannt ist. Wenn sie günstig aus-
fallen, wie der Gemeinderath der zweiten Stadt Frankreichs
erwartet, so wird das Beispiel bald Nachahmung finden und
dürfte zum Ausgangspunkte einer vollständigen Reform
werden. Die Stimmen, welche durch die Berechnungssteuer
eingelagert, die Municipalität zu Lyon durch
andere Aufgaben erfüllen, die zunächst die Häuser-
besitzer treffen werden. Ähnliches hatte man auch
schon in Paris geplant, und der hauptsächlichste
Gemeinderath wird sicherlich nicht hinter Lyon zurückbleiben
wollen; allein ob es ihm gelingen wird, die Millionen, welche
die Decker der Stadt Lyon eintragen, auf andere Weise zu
erlangen ohne daß aber Willkür der sozialdemo-
kratischen Stadtväter Geldrei ertönt, ist eine andere
Frage. Paris mit seinen 2 1/2 Millionen Einwohnern
liefer den städtischen Finanzen eine Verzehrersteuer
von 240 Millionen, Lyon mit nahezu einer Million
Einwohner bezahlt nur 10-11 Millionen Francs
Steuern. Davon entfallen 6 Millionen auf die Getränke und
2 Millionen auf die gewöhnlichen Lebensmittel. Ein Zehntel
der Einnahme wird durch die Kosten verdrungen, weil Lyon
eine offene Stadt, zum Theil mit den Vororten verwaschen,
und darum die Heberzeugung eine sehr unläßliche ist, aber
nicht hindert, daß der Schmuggel in ausgedehnter Maßstabe
betrieben werden kann. Aus allen diesen Gründen gilt Lyon
als Versuchsfeld für sehr geeignet.

Parlamentarische Sitten in Washington.

Der erste Wochentag - der Vorfall wurde f. g. telegraphisch ge-
meldet - kam es im Repräsentantenhaus zu Washington zu
einer Prügelei zwischen zwei Deputirten. Seit liegen
ausführliche Berichte darüber vor. Die Verhandlungen
sind seit dem letzten Montag monoton verlaufen, wurden am 8.
Februar „belehrt“. Spätestens den Herren Fredrick (Kentucky),
der Hauptperson in dem vor nicht langer Zeit bewendeten Prozeß
wegen getödteten „Cecil“ (Missouri), und Charles (Missouri), einem
Mitglied des Hauses seit etwa 10 Jahren, am es zu einer Kontro-
verse. Nachdem nach Gründung der Sitzung die Hawaii-Resolution
des Herrn Hill (Illinois) bis zum Schluß der gestrigen Sitzung
beibehalten worden war, kam dann der Bericht des Hauses der
Hawaii-Geschäfte an die Reihe, und Herr Deard, der die letztere
vertrat, unterbrach Herrn Fredrick, welcher eine Rede über
die Hawaii-Resolution halten wollte, um die Forderung nach der
Suspendirung des Hauses für den Rest der Sitzung zu stellen.
Eine ein weiteres Wort zu vertieren, begab sich Fredrick von
dem Platz, wo er stand, nach der Reihe Seite, in der Herr Deard
sah, und stellte ihn ob seines Verhaltens zur Rede. Bisher wurde
solange die Sitzung fortgesetzt, bis gegen Deard's Großmuth, letzterer
erklärte, er thue nur seine Pflicht. Die übrigen Mitglieder eilten
hinzu, um Ruhe zu stiften, als plötzlich die laute Stimme des Herrn
Fredrick hörbar wurde. „Unverschämter Pöbel
(impudent puppy)“ rief er.

Wenn Blätter vom Schlage der Hamburger Nach-
richten doch nicht immer so thöricht wären, als sie über
die Missionen der letzten Jahre informiert wurden! So
wäre die Sache keine Ahnung mehr haben. Das gesamte
Walt schreit nämlich:
„Man erant jetzt, daß mit der Entlassung des Grafen Carvini
in Wirklichkeit die in jähiger Regierung nicht im Elande,
getriebene Dinge ungeschicklich zu machen, aber er erwidert doch keines-
wegs in den Handbänden die Danksagung wirtschaftlicher Weise,
sondern sieht in, daß Deutschland durch sie in eine schäd-
liche Lage gerathen ist.“
Also die Regierung sieht ein, daß Deutschland durch die
Verträge in eine „schädliche Lage“ gekommen ist, und muß
deshalb unbedingt für den Vertrag einstehen. An dem
Tage aber, da diese Ausbuchtung erschien, am gestrigen
Freitag, sprach Staatsminister v. Bötticher, der Stell-
vertreter des Reichskanzlers, dem Deutschen
Parlamentarium die Dank der Regierung
für dessen Resolution zu Gunsten des Vertrags mit
Holland aus, sondern bezeugte ausdrücklich die Sachver-
hältnisse, wie sie unter dem Grafen Carvini gefahrt wurde,
als eine „geheuliche“ und warf die Frage auf, was
dann aus unserer Industrie und Arbeit
geworden wäre, wenn die Regierung diese
Politik nicht verfolgte. Was Herr v. Hammerstein
Vorher, der preussische Handelsminister, auch ein
Gelehrter der Handelsverträge sein, die maßgebenden Personen
in Reich können es nicht sein und sind es, wie die gestrige
Rede des Herrn v. Bötticher zeigte, auch nicht. Unter diesen
Umständen begreift man aber um so weniger das Schwiegen
des Reichskanzlers Fürsten Hohentzollern. Würde dieser den
Marquien gegenüber beständig den Standpunkt der Reichs-
regierung fernhalten, so würde den Marquien viel Agitations-
stoff gewonnen, und das wäre im Interesse des inneren
Friedens nur zu wünschen.

Was dem Justizminister und dem Minister des Innern
recht ist, muß dem Außenminister billig sein. Herr Dr. v. Hoffe
sah es daher wohl nicht all zu schwer empfunden haben, daß
sich auch bei der gestern begonnenen zweiten Verhandlung des
Kultusstaats in preussischen Abgeordnetenhaus
nieder eine Hofenbedeute entzamm. Der Abgeordnete
Dr. v. Jagowitz befragte sich, daß von allen Arbeit,
unter denen die Rathgeber in Preußen zu leiden
hätten, die politischen Landesbedeute besonders schwer zu
tragen hätten. Mit dem bekannten Sprachgebrauch des Ministers

zu § 130 der Einkommensteuer hat Abg. A. Nieten
aus der Centrumspartei beantragt, Denjenigen mit
Gehältern bis 600 Mark oder mit Gehältern bis zu 2 Jahren
zu besteuern, vor öffentlich oder vor mehreren oder durch
Daud, Schrift oder Bild das Tausend Gottes oder die
Unverletzlichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen
oder sittlichen Charakter, der Ehe oder der Familie anzu-
zuweisen. Die konervative haben beantragt, Den-
jenigen mit Ehe zu belegen, welcher das Christen-
thum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die
Familie oder die Unverletzlichkeit des Privatgeheimnisses durch
beschimpfende Welterungen öffentlich an den Tag zu legen,
welche geachtet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.“
Die Reichsversammlung des Zudenkums würde hier-
nach also gestattet sein!

Das neue Beamtenvergütungsgesetz soll, wie wir der
Reichsversammlung (nicht der Reich. Gov.) entnehmen
können, jetzt dem Bundesrath in „larger Frist“ zugehen.
Der agrarische Charakter des Entwurfs wird be-
stätigt durch folgende Bemerkung des trotz des Herrn
v. Köller immer noch offeneren Blattes: „Nach diese Vorlage
bildet ein Glied in der Kette der Maßnahmen, welche wesent-
lich im Interesse der Landwirtschaft in den östlichen
Provinzen mit ihren schwächeren Böden in Aussicht ge-
nommen sind.“
Der neue Entwurf des Beamtenvergütungsgesetzes soll, wie wir der
Reichsversammlung (nicht der Reich. Gov.) entnehmen
können, jetzt dem Bundesrath in „larger Frist“ zugehen.
Der agrarische Charakter des Entwurfs wird be-
stätigt durch folgende Bemerkung des trotz des Herrn
v. Köller immer noch offeneren Blattes: „Nach diese Vorlage
bildet ein Glied in der Kette der Maßnahmen, welche wesent-
lich im Interesse der Landwirtschaft in den östlichen
Provinzen mit ihren schwächeren Böden in Aussicht ge-
nommen sind.“

Was dem Justizminister und dem Minister des Innern
recht ist, muß dem Außenminister billig sein. Herr Dr. v. Hoffe
sah es daher wohl nicht all zu schwer empfunden haben, daß
sich auch bei der gestern begonnenen zweiten Verhandlung des
Kultusstaats in preussischen Abgeordnetenhaus
nieder eine Hofenbedeute entzamm. Der Abgeordnete
Dr. v. Jagowitz befragte sich, daß von allen Arbeit,
unter denen die Rathgeber in Preußen zu leiden
hätten, die politischen Landesbedeute besonders schwer zu
tragen hätten. Mit dem bekannten Sprachgebrauch des Ministers

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Besehalle“ Nr. 8.